



**Mindestlohntarifvertrag Weiterbildung - Forderung beschlossen**

Der Tarifvertrag über den allgemeinverbindlichen Mindestlohn für die im pädagogischen Bereich bei Trägern der beruflichen Bildung tätigen Beschäftigten, die überwiegend Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB) erbringen, läuft Ende 2015 ohne Nachwirkung aus. Um einem erneuten Preiskampf der Träger und Lohndumping vorzubeugen, haben sich die Tarifkommissionen von GEW und ver.di dazu entschieden, in Verhandlungen über einen neuen Mindestlohntarifvertrag mit der Zweckgemeinschaft des Bundesverbands Beruflicher Bildung einzutreten.

Nach der Diskussion unter den Tarifbetroffenen hat die gemeinsame Tarifkommission am 20.11.2014 folgende Tarifforderungen einstimmig beschlossen:

1. Der Stundenlohn für alle ArbeitnehmerInnen im pädagogischen Bereich von Trägern der beruflichen Bildung, soweit sie überwiegend Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch SGB erbringen, muss auf 16,10 € erhöht werden.
2. Die unterschiedlichen Entgelte zwischen Ost und West sind mit dem nächsten Erhöhungsschritt anzugleichen.
3. Es ist ein Urlaubsgeld in Höhe von 50 Prozent eines verstetigten Monatsentgeltes zu zahlen.

Die Verhandlungen beginnen am 15. Dezember 2014 in Hannover. Ziel ist es, die Verhandlungen bis Ende März 2015 abzuschließen, um rechtzeitig vor dem Auslaufen der jetzigen Tarifregelung einen neuen, für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag in Kraft zu setzen.

**Einkommensstagnation der Integrationskurslehrkräfte auf Hartz-IV-Niveau seit 2005 - massive Unterschiede zum öffentlichen Dienst**

Jahr	2004	2005	2008	2009	2012	2014	
Honorarsatz	23,01	16,90	15,00	18,35	18,00	20,00	
Grundlage	festgelegt vom Sprachverband	Mittelwert Evaluation Ramboell	Empfehlung Mindesthonorar BAMF	Mittelwert Kurzgutachten Ramboell	Empfehlung Mindesthonorar BAMF	Empfehlung Mindesthonorar BAMF	
Jahresrechnung (45 Wochen, 25 Unterrichtseinheiten pro Woche)	25.886	19.013	16.875	20.644	20.250	22.500	
abzüglich Verlust durch durchschnittl. Krankheitstage (13,2 Tage à 5 UE)	1.519	1.115	990	1.211	1.188	1.320	
Jahresbruttoeinkommen	24.368	17.897	15.885	19.433	19.062	21.180	
Rentenversicherungsbeiträge	4.752	3.490	3.161	3.867	3.736	4.003	
Krankenversicherungsbeiträge bzw. Mindestbeiträge	3.086	3.086	3.332	3.379	3.662	3.857	
Pflegeversicherung	369	424	492	499	520	572	
zu versteuerndes Einkommen	19.299	12.828	10.816	14.364	12.283	13.805	
Steuern incl. Soli (Steuerklasse 1)	2.856	1.018	560	1.340	765	1.067	
Jahresnettoeinkommen	13.304	9.879	8.339	10.347	10.379	11.681	
<b>Monatsnetto Integrationskurslehrkraft</b>	<b>1.109</b>	<b>823</b>	<b>695</b>	<b>862</b>	<b>865</b>	<b>973</b>	
Monatsnetto* tarifbeschäftigte Lehrkraft im öfftl. Dienst	Berufsanfänger(a)	<b>1.875</b>	<b>1.907</b>	<b>1.738</b>	<b>1.913</b>	<b>1.948</b>	<b>2.075</b>
	Endstufe (b)	<b>2.263</b>	<b>2.332</b>	<b>2.322</b>	<b>2.561</b>	<b>2.615</b>	<b>2.780</b>

\* StKl.1, ohne KiSt, gKV, ohne Kinder, Tarifgebiet West

(a) E13 Stufe 1 / bis 2006: BAT IIa LA 27 (b) E13 Stufe 5 / bis 2006: BAT IIa LA 45

Deutlich erkennbar ist der mit der Einführung der Integrationskursverordnung (2005) einhergehende massive Einkommensrückgang und der mit dem Anstieg der Mindesthonorarempfehlung entstehende (geringfügige) Anstieg des Monatsnettoeinkommens der Integrationskurslehrkräfte. Erkennbar wird

**GEW Hauptvorstand  
Organisationsbereich  
Berufliche Bildung  
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt a. M.

**Verantwortlich:**

**Leiter**  
**Ansgar Klinger**  
069/78973-325  
[ansgar.klinger@gew.de](mailto:ansgar.klinger@gew.de)

**Referent**  
**Arnfried Gläser**  
069/78973-319  
[arnfried.glaeser@gew.de](mailto:arnfried.glaeser@gew.de)

**FAX:**  
069/78973-103

**Internet:**  
[www.gew.de](http://www.gew.de)

**Facebook:**  
[www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](http://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)

**Twitter:**  
[twitter.com/gew\\_bund](https://twitter.com/gew_bund)

**Vorstandsteam Bundesfachgruppenausschuss  
Erwachsenenbildung**

**Wilfried Rehfeld**  
02571/2587  
[dialog@muenster.net](mailto:dialog@muenster.net)

**Ursula Martens-Berkenbrink**  
0531/893957  
[martens-b@t-online.de](mailto:martens-b@t-online.de)

**Uwe Roßbach**  
0361/5657337  
[uwe.rossbach@arbeitundlebens-thueringen.de](mailto:uwe.rossbach@arbeitundlebens-thueringen.de)

ferner der **enorme Nettoeinkommensunterschied** zu den angestellten Lehrkräften im öffentlichen Dienst, dieser Unterschied wächst sogar mit steigender Berufserfahrung der Lehrkräfte im Schuldienst!

Die GEW hat die Politik aufgefordert, das Budget für die Integrationskurse um den notwendigen Betrag anzuheben, der ein in der Integrationskursverordnung zu verankerndes Mindesthonorar von 30 Euro gewährleistet. Unterstützung für eine angemessene Erhöhung der Honorare haben am Runden Tisch Integrationskurse der GEW auch die Vertreterinnen des Deutschen Städtetages und der Staatsministerin für Integration zugesagt. Diese Forderung wird auch von der Fraktion der Grünen, der Linkspartei und von vielen Parlamentariern der SPD unterstützt. Ferner arbeitet die GEW zurzeit mit den Trägerverbänden BBB und DVV an der Umsetzung einer weiteren am Runden Tisch vereinbarten möglichen Aktion. **Die im Koalitionsvertrag zugesagte angemessene Vergütung der Integrationskurslehrkräfte muss endlich umgesetzt werden.**

**Bei einem Mindesthonorar von 30 Euro/UE würde im Jahr 2014 eine Erhöhung des monatlichen Nettoentgeltes von ca. 500 Euro eine deutliche Verbesserung des Lebensunterhalts bedeuten. Dennoch ist das Einkommen der Lehrkräfte auch nach Erfüllung dieser Forderungen der akademischen Ausbildung und der Verantwortung dieser Tätigkeit nicht angemessen. Die GEW fordert daher mittelfristig eine Festanstellung und langfristig eine Gleichstellung der Integrationskurslehrkräfte mit Lehrerinnen und Lehrern an öffentlichen Schulen.**

### **Stärkung der politischen Bildung im Bundeshaushalt? - Nicht für die zivilgesellschaftlich fundierte Förderung!**

Pressemitteilungen zufolge wird die politische Bildung im nächsten Jahr angeblich gestärkt. Zunächst sollte jedoch der Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) um ca. 12 Mio. Euro sinken! Nun wird es wohl doch anders kommen: U. a. 20 zusätzliche Planstellen für nicht spezifizierte „neue Aufgaben“ soll es geben! So erhält die Behörde – sie ist dem Bundesministerium des Inneren (BMI) zugeordnet – nun 5 Mio. Euro zusätzlich zum Haushaltsansatz des Ministers von 36 Mio. Euro. 2014 waren es aber noch 48 Mio.! Fakt ist daher: Die 5 Mio. Euro „zusätzlich“ sind natürlich 7 Mio. weniger als 2014. Stärkung sieht anders aus.

Ausgerechnet das Flaggschiff der politischen Bildung, die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), wird also weniger Geld angesichts gewachsener Aufgaben bekommen. Die Große Koalition wollte zwar insgesamt mehr Geld in den Bereich der politischen Bildung fließen und fachöffentlich unseriös eingeschätzte Förderbereiche wie den gegen Linksextremismus fallen lassen. Für die Regelförderung der traditionellen Träger der politischen Bildung, die von Zuwendungen der BpB leben, wird es aber wohl kaum mehr geben – statt dessen mehr Bundesbeschäftigte. Im Vergleich zu dem, was im Bereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Zukunft für Demokratiebildung gegen Rechts ausgegeben wird, nimmt sich die Förderung des BMI, so sie bei den Trägern der Jugend- und Erwachsenenbildung ankommen soll, geradezu schmal aus.

Das scheint aber nur so. Denn die Parlamentarier haben auch in Nachverhandlungen zum Haushaltsentwurf durchgesetzt, dass die Förderung der parteinahen politischen Stiftungen von ursprünglich 101 Mio. auf 116 Mio. Euro steigen soll! Stellt man man sich offensichtlich die politische Bildung im BMI vor? Einerseits geleistet durch Parteienstiftungen mit eigener Rechnungsführung und ohne limitierende öffentliche Förderregularien, andererseits durch eine in Gänze immer schlechter ausgestattete BpB. Laut Selbstauskunft organisiert das dortige Personal ca. 200 Veranstaltungen pro Jahr. Das wird nun nochmals um erhebliche Größenordnungen aufgestockt. Für die geförderten Träger bleibt da wenig. Bislang haben dort die letztjährigen Änderungen der Verwaltungsabläufe im Bewilligungsverfahren nur einen höheren Verwaltungsaufwand und sinkende Fördersicherheiten gebracht.

Wohin führt das? Während die parteinahen politischen Stiftungen – ohne externe Regelbindung operierend – immer deutlicher dotiert werden, werden die parteifernen Träger der politischen Bildung finanziell ausgetrocknet und bürokratisch gegängelt. Die Chancen für die Träger stehen hingegen schlecht: Müssen sie sich entweder parteipolitisch gemein machen oder gleich ganz in die Arme der finanziell potenten Unternehmensstiftungen überwechseln? – Manchem Politiker könnte das gerade recht sein. Allerdings hieße das in der Konsequenz: Zivilgesellschaftlich basierte Förderung der politischen Bildung ade!

**GEW Hauptvorstand  
Organisationsbereich  
Berufliche Bildung  
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt a. M.

**Verantwortlich:**

**Leiter**  
**Ansgar Klinger**  
069/78973-325  
[ansgar.klinger@gew.de](mailto:ansgar.klinger@gew.de)

**Referent**  
**Arnfried Gläser**  
069/78973-319  
[arnfried.glaeser@gew.de](mailto:arnfried.glaeser@gew.de)

**FAX:**  
069/78973-103

**Internet:**  
[www.gew.de](http://www.gew.de)

**Facebook:**  
[www.facebook.com/  
GEW.DieBildungsgewerkschaft](http://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)

**Twitter:**  
[twitter.com/gew\\_bund](https://twitter.com/gew_bund)

**Vorstandsteam Bundes-  
fachgruppenausschuss  
Erwachsenenbildung**

**Wilfried Rehfeld**  
02571/2587  
[dialog@muenster.net](mailto:dialog@muenster.net)

**Ursula Martens-  
Berkenbrink**  
0531/893957  
[martens-b@t-online.de](mailto:martens-b@t-online.de)

**Uwe Roßbach**  
0361/5657337  
[uwe.rossbach@arbeitundlebens-  
thueringen.de](mailto:uwe.rossbach@arbeitundlebens-thueringen.de)